

Am 4. August 2011 eröffnete die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur, Ulrike Poppe, die Wanderausstellung „28 Jahre getrennt. Das Grenzregime und seine Folgen für die Brandenburger.“

Die Ausstellung, die bis zum 8. September in den Diensträumen der Landesbeauftragten in Potsdam gezeigt wird, konzentriert sich auf die Folgen des Baus der Mauer um West-Berlin am 13. August 1961. Im Zentrum stehen hier die Geschichten von fünf Personen, die exemplarisch die mit der Grenzschließung erfolgte Verfolgung wirklicher und vermeintlicher Gegner der SED-Diktatur erlebten, oder aber schmerzhaft die Trennung der Familien erfuhren. An zwei Medienstationen können Auszüge aus Videointerviews mit den Betroffenen gehört und gesehen werden. Erzählt wird die Einweisung des Potsdamer Arbeiters Volker Schobeß in ein Arbeitserziehungslager in der Ziegelei Miltendorf. Schobeß arbeitete bis zum 13. August in einer West-Berliner Metallverarbeitungsfirmen. Nach der Schließung der Grenze verweigerte er die angeordnete Registrierung in Potsdam und wurde deshalb zu bis zu fünf Jahre Arbeitslager verurteilt.

So wie die Einweisungen in Arbeitslager vor allem jugendlicher Grenzgänger nach dem Mauerbau bisher von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde, sind auch die Zwangsaussiedlungen aus dem Grenzgebiet zu West-Berlin und an der innerdeutschen Grenze seit dem 20. August 1961 noch unzureichend öffentlich aufbereitet worden.

Uwe Scholz lebte mit seiner Mutter in Hohen Neuendorf nahe der Grenze zu dem West-Berliner Stadtteil Frohnau. Sie arbeitete legal als Schuhverkäuferin in West-Berlin, er studierte an einer Fachschule in West-Berlin. Infolge der Verordnung der damaligen Justizministerin der DDR, Hilde Benjamin über Aufenthaltsbeschränkungen vom 24. August 1961, wurde die Familie nach Neu-Holland im damaligen Bezirk Potsdam zwangsumgesiedelt.

Der damals ebenfalls 20-jährige Ernst-Otto Schönemann begann im Wintersemester 1961 sein Ingenieurstudium in Dresden. Seine Eltern führten ein Einzelhandelsgeschäft und einen Installations- und Elektrizitätsinstallationsbetrieb in Lenzen an der Elbe. Am 3. Oktober weilte er noch bei ihnen vor seiner Abreise nach Dresden, als in den Morgenstunden Vertreter der Abteilung Inneres des Kreises von ihnen die sofortige Umsiedlung in das Innere des Bezirks



Schwerin (heute Mecklenburg-Vorpommern) forderten. Sie gehörten zu den ca. 3.200 Bürgern aus dem 5 km tiefen Sperrgebiet und dem 500 m breiten Schutzstreifen an der gesamten innerdeutschen Grenze, die an diesem Morgen im Rahmen der „Aktion Festigung“ in das Innere der DDR zwangsumgesiedelt wurden.

Nicht nur an der Grenze Brandenburgs zu West-Berlin verhinderten die Grenztruppen der DDR die Flucht ihrer Bürger. Der 21-jährige Hans-Georg Lemme versuchte am 19. August 1974 durch die Elbe nach Niedersachsen zu



schwimmen. Ein Boot der Grenztruppen der DDR überfuhr ihn mehrfach.

Die Schließung der Grenze nach West-Berlin verhinderte über nahezu zehn Jahre vor allem den Kontakt zwischen Ostdeutschen und West-Berlinern. DDR-Bürger durften in den ersten Jahren kaum noch ausreisen, erst ab Winter 1964 erlaubte die DDR-Regierung Rentnern die Reise in die Bundesrepublik und nach West-Berlin. Doch auch West-



Berlinern wurde mit Ausnahme mehrerer kurzer „Passierscheinabkommen“ bis 1971 die Reise in die DDR und auch nach Ost-Berlin untersagt. Diese Konsequenzen werden deutlich an den Erfahrungen von Prof. Dr. Rainer Eckert, der damals mit seiner Mutter in Potsdam lebte, während seine Großeltern in West-Berlin wohnten. Selbst zur Beerdigung ihres Vaters verweigerten die Behörden Frau Eckert die Fahrt nach West-Berlin.

Während diese Geschichten vor allem mit Interviewauszügen erzählt werden, veranschaulichen Dokumente und Fotografien den Ausbau der Grenze und die Aufgaben der Grenzsoldaten.



Die Ausstellung ist eine Wanderausstellung. Sie kann vom 16. September 2011 an kostenlos (für Transport, Auf- und Abbau muss der Leihnehmer aufkommen) bei der Aufarbeitungsbeauftragten des Landes Brandenburg (Daten siehe unten) ausgeliehen werden.

Sie besteht aus zwei Medienstationen, deren Rückwände als Flächen zur Kommentierung der Ausstellung genutzt werden können sowie 19 Bannern im Format 900 x 2500 mm. Die Banner sind in einem dazugehörigen Trägersystem eingespannt und sehr leicht und raumsparend zu transportieren.

Kontaktdaten:

Rainer Potratz, Referent für Forschung und Öffentlichkeitsarbeit

Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Hegelallee 3, 14467 Potsdam

0331-23729224

Rainer.Potratz@lakd.brandenburg.de